



Berlin Brief Nr. 312

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic, MdB

25. März 2022



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

in dieser Woche haben wir den zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2022 beraten. Die Aufstellung des Haushalts findet in einer Zeit außergewöhnlicher Herausforderungen statt: der Krieg in der Ukraine, die fortdauernde Pandemie und die Folgen, die daraus resultieren. Und insbesondere die Auswirkungen des Krieges für Deutschland können wir noch nicht im Einzelnen absehen. Denn klar ist, dass die beschlossenen Sanktionen auch uns treffen werden und wir auch einen Preis für unsere Freiheit zahlen werden.

Der Unsicherheit in Haushaltsfragen tragen wir aber Rechnung und bringen einen Ergänzungshaushalt in die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2022 ein. Damit wollen wir die Mittel bereitstellen, die nötig sind, um die Auswirkungen des Ukraine-Krieges abzumildern, steigende

Energiekosten abzufedern und die humanitären Hilfen für die Ukraine auszubauen. Bei allen Krisen, die uns aktuell vor besondere Herausforderungen stellen, trägt der Haushalt eine nachhaltige Handschrift. Wir machen die 2020er Jahre zu einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen. Mit dem Bundeshaushalt 2022 nehmen wir viel Geld in die Hand. Wir investieren in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung, Forschung und Infrastruktur, um die sozial-ökologische Transformation in Deutschland voranzutreiben. In 2022 investieren wir fast 51 Milliarden Euro – zehn Milliarden Euro mehr im Vergleich zum Vorkrisenniveau 2019. Diesen Betrag wollen wir bis 2026 verstetigen. Wir stärken vor allem den Ausbau der Erneuerbaren Energien und fördern innovative Technologien wie Wasserstoff. Dazu stellen wir im Klima- und Transformationsfonds (KTF) zwischen 2022 und 2026 mehr als 200 Milliarden Euro zur Verfügung.

Besonders wichtig ist mir, dass wir mit diesem Haushalt Sicherheit im Wandel garantieren. Sicherheit nach innen, nach außen sowie soziale Sicherheit. Neben den Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation und dem 100-Milliarden-Paket für unsere Verteidigungsfähigkeit, sorgen wir für sozialen Zusammenhalt und stabilisieren den Arbeitsmarkt. Das Kurzarbeitergeld wird bis zum Sommer verlängert – es hat Millionen von Arbeitsplätzen in der Pandemie gesichert. Die Bundesagentur für Arbeit erhält ein Darlehen, um ihr pandemiebedingtes Defizit auszugleichen. Mit einer Corona-Einmalzahlung, der Verlängerung des vereinfachten Zugangs in die Grundsicherung sowie mit dem Sanktionsmoratorium gehen wir erste Schritte in Richtung Bürgergeld. Außerdem wollen wir, dass die pandemiebedingten Einschränkungen für Kinder und Jugendliche so gut es geht, abgefedert werden. Deshalb sind für das Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" im Jahr 2022 rund 272 Millionen Euro vorgesehen. Die Gelder können für Sport- und Freizeitangebote, für Familienerholung und vieles weitere genutzt werden. Zudem werden die Mittel für frühkindliche Sprach- und Integrationsförderung auf insgesamt mehr als 387 Millionen Euro erhöht, und wir ebnen den Weg zur Kindergrundsicherung mit dem Kindersofortzuschlag. Damit erreichen wir rund drei Millionen armutsgefährdete Kinder und Jugendliche.

Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat die ohnehin angespannte Lage auf den Energiemärkten drastisch verschärft. Der Koalitionsausschuss hat sich daher auf ein umfassendes Entlastungspaket verständigt – zusätzlich zu den bereits beschlossenen Maßnahmen. Zu den beschlossenen Maßnahmen gehören: 300 € Energiepreispauschale für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige und Selbstständige; ein Einmalbonus für jedes Kind in Höhe von 100 Euro; 100 Euro für Empfänger*innen von Sozialleistungen zusätzlich zu der bereits beschlossenen Einmalzahlung von 100 Euro; eine 90 Tage ÖPNV-Flatrate für 9 Euro pro Monat für alle Bürgerinnen und Bürger; die Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe für 3 Monate auf das europäische Mindestmaß. Damit federn wir die Belastungen für die Bürger*innen ab.

Besonders gefreut habe ich mich in dieser Woche über den Austausch mit Manuel Sarrazin, der von der Bundesregierung zum Sonderbeauftragten für den Westbalkan ernannt wurde. Wir sind uns einig, dass es in der jetzigen Situation besonders wichtig ist, für Stabilität auf dem Westbalkan zu sorgen. Deshalb gilt es nach wie vor die Nationalisten auf allen Seiten auf dem Westbalkan zu isolieren, und durch die aktive Unterstützung von Netzwerken der Demokraten in der gesamten Region den lang versprochenen Weg in die Mitgliedschaft der Europäischen Union umzusetzen. Manuel Sarrazin und ich haben eine enge Zusammenarbeit vereinbart, damit die Schrecken des Krieges nicht auf den Westbalkan übergreifen, sondern wir im Schulterchluss mit allen Ländern auf dem Westbalkan Entwicklungsperspektiven erarbeiten, um den Weg in die Europäische Union zu ebnen und wir somit unseren Beitrag für mehr Sicherheit bei uns in Europa leisten.

Ihr/Euer



Josip Juratowicz

Termine

29
MÄRZ

VdK-Podiumsdiskussion
Wie sozial ist die neue Ampel-Koalition?
Untereisesheim

30
MÄRZ

Schulbesuch am Burghardt-Gymnasium Buchen
Buchen

04–
08
APRIL

Sitzungswoche des Deutschen Bundestags
Berlin

Bild der Woche



Beim Austausch mit Manuel Sarrazin,
Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den Westbalkan!



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? [Hier abmelden.](#)